

PROTOKOLL

über die Verhandlungen der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau vom Montag, 24. Juni 2019 im Rathaus Frauenfeld.

Der Gottesdienst in der Evangelischen Stadtkirche wird von Pfr. Stephan Wohnlich geleitet und von Christoph Lowis an der Orgel musikalisch umrahmt. Die Gottesdienstkollekte, welche der Sanierung und Renovation der evangelischen Kirche in Môtier im Kanton Neuenburg zugutekommt, ergibt den Betrag von Fr. 680.90 und € 24.

Beginn der Sitzung um 10.00 Uhr.

TRAKTANDUM 1

BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNG

Synodalpräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Synode und heisse Sie im Rathaus Frauenfeld herzlich willkommen. Ausserdem begrüsse ich die Gäste auf der Tribüne. Wir durften den Tag mit einem ermutigenden Gottesdienst beginnen, welcher von Pfr. Stephan Wohnlich geleitet und musikalisch von Organist Christoph Lowis begleitet wurde. Ebenso danke ich namens der Synodalen und des Kirchenrates dem Mesmer Marcel Keller. Ausserdem danke ich der Bürgergemeinde Frauenfeld, dass wir in diesem Saal tagen dürfen. Speziell danke ich den Hauswarten Robert Rauter und Beat Dürger für ihre Unterstützung an der Technik sowie Monika Riedener bei der Kaffeeausgabe. Ich danke auch allen anderen Personen, welche zum guten Gelingen der Sitzung beitragen und uns bereits im Vorfeld mit den nötigen Unterlagen bedient haben. Allen voran danke ich der Quästorin Kathrin Argaud und dem Kirchenratsaktuar Ernst Ritzi, der durch Lea Hascher unterstützt wurde. Sie absolviert während ihren Sommerferien ein Praktikum auf dem Kirchenratssekretariat. Wie immer ist Brunhilde Bergmann von der Fachstelle Information und Öffentlichkeitsarbeit der Landeskirche anwesend.

Ich stelle fest, dass die Sitzungsunterlagen allen rechtzeitig verschickt wurden und erkläre die Synode als eröffnet.

TRAKTANDUM 2

NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf durch **Pfr. Steffen Emmelius**, Aadorf-Aawangen, ergibt die Abwesenheit der folgenden Mitglieder:

Entschuldigt ganzer Tag:

Boss Eva, Aadorf-Aawangen
Gahlinger Roland, Aadorf-Aawangen
Engeler Karin, Amriswil-Sommeri
Wälchli Fritz, Amriswil-Sommeri
Rutishauser Vreni, Neukirch-Egnach
Pfr. Saamer Gerrit, Neukirch-Egnach
Gysler Peter, Kreuzlingen
Brunner Elisabeth, Langrickenbach-Birwinken
Wespi Beatrice, Lipperswil-Wäldi
Ferrari Monica, Lommis
Ziegler Roland, Matzingen
Bolliger Barbara, Scherzingen-Bottighofen
Pfrn. Weiss Gabriele, Scherzingen-Bottighofen
Stürzinger Margrit, Stettfurt

Ferien
Ferien
Familie
Ferien
Gesundheit
Beruf
Beruf
Beruf
Beruf
Ferien
Beruf
Beruf
Gesundheit
Beruf

Pfr. Sachweh Frank, Sulgen-Kradolf

Gesundheit

Entschuldigt Vormittag:

Pfr. Appl Karl F., Märstetten

Beruf

Entschuldigt Nachmittag:

Pfr. Dr. Herrmann Christian, Gachnang

Familie

Vorzeitig weggegangen:

14.10 Uhr Pfr. Hemmeler Guido, Altnau

Beruf

Verspätet erschienen:

11.15 Uhr Pfr. Appl Karl F., Märstetten

Beruf

Synodalpräsidentin: Es sind 104 Mitglieder anwesend.

Die Stimmenzählerin Pfrn. Gabriele Weiss ist heute krankheitshalber entschuldigt. Als Ersatz schlägt das Synodalbüro das ständige Büroersatzmitglied Pfr. Jakob Bösch vor. **Stillschweigend genehmigt.**

Ich stelle die heutige Tagesordnung zur Diskussion. **Stillschweigend genehmigt.**

TRAKTANDUM 3

BERICHT DES KIRCHENRATES ÜBER VERÄNDERUNGEN IM BESTAND DER SYNODE

Synodalpräsidentin: Das Schreiben über den Bestand der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau liegt auf Ihren Tischen auf. Es wird nicht mehr verlesen, im Protokoll aber wiedergegeben.

"Seit der letzten Sitzung vom 26. November 2018 haben sich im Bestand der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau folgende Änderung ergeben: In der Kirchgemeinde Berg wurde Barbara Rohrer anstelle des zurückgetretenen Beat Nyffenegger gewählt. In der Kirchgemeinde Kreuzlingen wurde Heinz Lanz anstelle der zurückgetretenen Martina Brendler gewählt. In der Kirchgemeinde Uttwil wurde Katrin Herbst anstelle der zurückgetretenen Christine Gantner gewählt. Damit sind mit heutigem Datum alle 120 Sitze der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau besetzt."

Diskussion - **nicht benützt.**

TRAKTANDUM 4

WAHL EINES MITGLIEDS DER REKURS- UND BESCHWERDEKOMMISSION

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Synodalpräsidentin: Monika Thomann-Hablützel hat per 30. Juni 2019 ihren Rücktritt aus der Rekurs- und Beschwerdekommision bekanntgegeben.

Als Ersatz stellt sich Susanne Dschulnigg aus Kreuzlingen zur Wahl.

Gemäss § 50 unseres Geschäftsreglements findet eine geheime Wahl statt.
Diskussion - **nicht benützt**.

Bitte füllen Sie nun den Wahlzettel für das Mitglied der Rekurs- und Beschwerdekommision aus.
Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Wahlzettel einzuziehen und danach auszuzählen.

Wahl:

Gesamtzahl der eingezogenen Wahlzettel		104
- davon leer	1	
- davon ungültig	0	
Massgebende Wahlzettel		103
Absolutes Mehr		52
Es erhielten Stimmen:		
Susanne Dschulnigg		103

Synodalpräsidentin: Gewählt ist somit: Susanne Dschulnigg. Ich gratuliere zur Wahl. Susanne Dschulnigg ist für den Rest der Amtsdauer bis 2020 als Mitglied der Rekurs- und Beschwerdekommision gewählt.

TRAKTANDUM 5

JAHRESBERICHT 2018 DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE DES KANTONS THURGAU BERICHT UND ANTRAG DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Eintreten

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Es ist uns sehr peinlich, dass der Jahresbericht 2018 mit einer falschen Anrede publiziert wurde. Leider geschehen solche Fehler, wenn man die Dokumente aus dem Vorjahr überschreibt. Ich entschuldige mich in aller Form bei der Synodalpräsidentin.

Diskussion - **nicht benützt**.

Eintreten ist gemäss Kirchenverfassung **obligatorisch**.

Detailberatung

Synodalpräsidentin: Wir diskutieren den Jahresbericht kapitelweise. Bitte nennen Sie bei Ihren Voten die Seitenzahl und das entsprechende Kapitel. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission liegt schriftlich vor. Das Wort hat zuerst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Pfr. Dr. Andreas Gäumann.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Der Bericht hat die GPK begeistert. Wir danken dem Kirchenrat für die gute Arbeit und die schöne Gestaltung des Jahresberichts. Die Fotos haben uns sehr angesprochen. Die GPK ist erfreut, dass die landeskirchliche Arbeit nicht nur von Sparbemühungen, Fusionen und Geldfragen geprägt ist, sondern dass auch Inhalte präsent sind. Der Jahresbericht ist zwar sehr gut. Trotzdem wird die GPK in den einzelnen Kapiteln ein paar Fragen stellen.

Pfr. Dr. Christian Herrmann, Gachnang: Ich spreche zu Seite 9, Pfarrhelferamt. Ich bin dankbar, dass darauf hingewiesen wird, dass gemäss der neuen Kirchenordnung jeden Sonntag in jeder Kirchgemeinde ein Gottesdienst gehalten werden soll. Eine diesbezügliche Interpellation werden wir in Traktandum 10 behandeln. Mir ist es sehr wichtig, dass an der Kirchenordnung festgehalten wird. Ausnahmen sind selbstverständlich erlaubt.

Robert Schwarzer, Arbon: Ich spreche zu Seite 14, Perkös. Ich hätte es sehr begrüsst, wenn der Kirchenrat und das Synodalpräsidium diese Frage in der Synode thematisiert hätten. Die Änderung in Art. 4 Abs. 2 des Vorsorgereglements, nämlich die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung, ist sehr grundlegend. Die Perkös ist die erste Pensionskasse, welche diese Anpassung vornimmt. Meines Erachtens ignoriert sie die hochpolitische Diskussion der Rentenfrage, wie es weitergehen soll. Ich bin mir bewusst, dass die Synode nicht darüber bestimmen kann. Trotzdem wäre es im Sinne einer Abbildung der Meinung der Synodalen, welches die Meinung der Synode zu dieser sehr zentralen und wichtigen Frage ist.

Kirchenrat Rolf Bartholdi: Ich vertrete die Arbeitgeber, Pfr. Harald Ratheiser die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Stiftungsrat der Perkös. Nebst der Landeskirche Thurgau sind auch die Landeskirchen der Kantone St. Gallen, Glarus und beider Appenzell der Perkös angeschlossen. Es wäre fast nicht praktikabel, die Synode mit zusätzlichen Informationen aus dem Stiftungsrat zu bedienen. Die Informationen müssten durch die entsprechenden Gremien der Kantone durchgeführt werden. Der Bundesgesetzgeber hat den Vollzug der beruflichen Vorsorge der Exekutive, in diesem Fall dem Stiftungsrat, übertragen. Dieser ist paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt. Wir unterliegen diesen Vorschriften. Der Bundesrat will die Aufgaben der Verwirklichung der Vorgaben im Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge nicht einem politischen Gremium übertragen, welches über die entsprechenden Reglemente, sei es das Anlagereglement oder das Organisationsreglement, entscheiden sollte. Dies ist Sache der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Kanton Thurgau ist der Stiftung Perkös am 1. Januar 1966 beigetreten. Die Evangelische Landeskirche des Kantons Thurgau hat eine entsprechende Verordnung erlassen. Diese datiert vom 26. Juni 1995 und ist in der Gesetzessammlung unter 12.5 abgedruckt. Darin werden die Regelungen über die Zuständigkeiten und die Umsetzung der Vorgaben der beruflichen Vorsorge eindeutig geklärt. Dem Stiftungsrat der Perkös war es ein Anliegen, dass alle Kantone informiert werden. Die Pfarrpersonen und die Mesmer wurden an ihren Jahresversammlungen informiert. Die Änderungen im Vorsorgereglement wurden auch an der Präsidenten- und Pflegerversammlung bekanntgegeben. Es gab von keiner Seite Opposition gegen die Anpassung. Dies war auch in den anderen Kantonen nicht der Fall. Der Hintergrund der Änderungen besteht darin, dass die Lebenserwartung noch immer ungebrochen ansteigt. Ich möchte nicht bewerten, ob dies gut oder schlecht ist. Die Frauen werden durchschnittlich etwas älter, die Männer holen bei der Lebenserwartung aber auf. Dies muss aber finanziert werden. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Eine Beitragserhöhung würde beide Seiten, also die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber, betreffen. Dies wollte der Stiftungsrat nicht. Ausserdem wäre es gegenüber anderen Berufsgattungen nicht kongruent. Der Zins wäre die zweite Variante, um die Finanzierung zu sichern. Wir wissen aber alle, dass der Zins nicht mehr jenes Wundermittel ist, welches die Folgen der steigenden Lebenserwartung seitens der Finanzierung ausgleichen kann. Es wurde auch über die Gleichstellung von Mann und Frau im AHV-Alter diskutiert. Diskussionen finden zudem im Bereich des BVG, des Bundesgesetzes über berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, statt, dass das rentenberechtigte Alter leicht angepasst werden sollte. Wenn man das Rentenalter marginal entsprechend der Lebenserwartung anpassen will, hätten zünftige Bezügerinnen und Bezüger einer Rente als Folge eine gewisse Sicherheit, einen festen Umwandlungssatz zu erhalten. Dies ist ein ganz wichtiger Aspekt. Aufgrund der Statistik unseres Experten würde dies für uns einen Umwandlungssatz von 5,5% bedeuten. Bei einer Basis von 100'000 Franken erspartem Altersguthaben würde ein Ertrag von 5'500 Franken pro Jahr resultieren. Wenn wir das Vorsorgereglement nicht angepasst hätten, wäre nur die Variante mit der Erhöhung der Beiträge oder der Reduktion des Umwandlungssatzes, und dies geschieht seit längerem, in Frage gekommen. Es ist für die Angestellten ein

schmerzhafter Eingriff, den Umwandlungssatz in dieser Höhe zu reduzieren. Ich erinnere daran, dass der Kanton Thurgau zumindest für meine Generation einen Umwandlungssatz von 6,8% hatte. Der Umwandlungssatz der Perkos beträgt in Zukunft 5,5%. Unseres Erachtens ist die Zumutbarkeit eines um Monate längeren aktiven Berufslebens mit der minimalen Verlängerung des Arbeitsalltags durchaus vertretbar ist. Unsere Versicherten sind nicht wie Strassenbauarbeiter einem körperlich strengen Alltag unterworfen. Der Stiftungsrat will den Entscheid über die Anpassung des Reglements umsetzen. Wir hier müssen über die personalrechtliche Seite entscheiden. Wenn der Thurgau die Anpassung nicht vornehmen würde, würde eine Ungleichheit gegenüber den anderen Kantonen entstehen. Für unsere Versicherten und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner würde eine gewisse Planungsunsicherheit entstehen, weil sie nicht wissen, wie hoch der Umwandlungssatz ist. Damit möchte ich aber nicht drohen.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich spreche zu Seite 26, Palliative Care. Konnten für diese wichtige Gruppe kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu gewonnen werden?

Kirchenrat Lukas Weinhold: Die Frage ist sehr wichtig. Die Bestrebungen, neue Mitglieder zu finden, sind im Gang. Es werden vor allem Seelsorgerinnen und Seelsorger gesucht. Es gibt zwei Stufen der Mitarbeit im Care Team: als Fachperson im Team der Krisenintervention oder als "Care Giver". Wir haben versucht, Leute anzusprechen. Neu konnte Pfrn. Dr. Rosemarie Hoffmann gewonnen werden. Die Aufgabe bleibt bestehen. Dessen bin ich mir bewusst. Der nächste Schritt, den wir bereits eingeleitet haben, besteht darin, dass sich die beiden Personen, Dr. Beat Heuberger und Sonja Hildebrand, welche die operative Leitung des Care Teams Thurgau innehaben, beim Pfarrkapitel angemeldet haben, um die Arbeit vorzustellen und für die Mitarbeit zu werben. Es liegt in der Verantwortung der Seelsorgerinnen und Seelsorger, mitzumachen. Ich bin froh, dass wir die Arbeit seitens des Kirchenrates und der Landeskirche gemacht haben. Die Arbeit wird durch zusätzliche Freitage honoriert. Ich bin froh um Hinweise und Tipps, falls die Synodalen eine Person kennen, welche sich eine Mitarbeit im Care Team vorstellen könnte.

Ruedi Keller, Berg: Es freut mich, dass der Kirchenrat unsere freiwillige kirchliche Jugendarbeit aktiv unterstützt. Man kann es nicht genug betonen: Die Jugend ist unsere Zukunft. Ohne Jugend wird es unsere Kirche in spätestens 50 Jahren nicht mehr geben. Die Unterstützung unserer Jugendarbeit kommt einerseits durch die Fotos im Jahresbericht, aber auch durch die Anstellung des Fachstellenleiters Thomas Alder zum Ausdruck. Thomas Alder berät und coacht die Verantwortlichen in der Jugendarbeit. Deshalb ist seine Anstellung sehr wichtig und hilfreich. Leider gibt es im Thurgau etliche Kirchgemeinden, welche in Sachen freiwillige kirchliche Jugendarbeit nichts anbieten. Es gibt beispielsweise keine Sonntagsschule mehr. Die Jugendlichen werden sprichwörtlich aus der Kirche hinaus konfirmiert. Das heisst, dass nach der Konfirmation in Sachen Kirche nicht mehr viel oder gar nichts mehr los ist. Ich hoffe sehr, dass der Kirchenrat bei seinen Visitationsbesuchen auf ein solches Manko hinweist, falls dies nötig ist, diesbezüglich Hilfe anbietet, und die Kirchgemeinden ermutigt, sich für die freiwillige Jugendarbeit einzusetzen.

Kirchenrätin Ruth Pfister: Ich kann das Votum von Ruedi Keller nur unterstreichen. Wir bemühen uns zusammen mit dem Fachstellenleiter und den Kommissionen sehr, aktiv zu sein und einander zu unterstützen. Die Visitation ist eine sehr spannende Aufgabe, welche wir sehr gerne wahrnehmen. Wir schauen genau hin. Ich danke für die Ermutigung.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Synodalpräsidentin: Mich haben die Gedanken auf Seite 35 sehr gefreut. Dort wird nicht nur das mutige Handeln angesprochen, sondern auch der Mut für eine weise und besonnene Fehlerkultur, damit etwas Neues wachsen kann. Meines Erachtens müssen wir uns bewusst sein, dass eine Fehlerkultur nur aufgrund von Nachsicht und Toleranz wachsen kann. Im entsprechenden Absatz ist zudem vom Loslassen die Rede. Es fällt uns oft schwer, etwas Altes und Geliebtes loszulassen, auch wenn es nicht mehr ganz zeitgemäss ist. Trotzdem müssen wir feststellen,

dass wir nichts Neues behutsam und sicher in den Händen tragen können, wenn wir nichts loslassen. Wir werden in Zukunft gefordert sein.

2 Synode

Diskussion - **nicht benützt.**

3 Rekurs- und Beschwerdekommision

Diskussion - **nicht benützt.**

4 Kirchgemeinden

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich spreche zu Seite 50, Pflichtwahlkurse. Wird die Erfüllung der Pflicht kontrolliert, und werden gegebenenfalls weitere Schritte eingeleitet?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Wir führen wirklich Buch. Es ist der dritte Umgang in einem Vierjahresturnus. Die Angebote, die nicht ganz freiwillig sind, laufen immer während zwei Jahren. Insgesamt sind die Quoten sehr gut. Es gibt Pfarrpersonen, die zwei oder drei Angebote besuchen, obwohl sie nur eines besuchen müssten. Die Zahlen sind aber leicht rückläufig. Bisher haben wir jenen, die ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, nicht geschrieben. Vielleicht sollten wir dies einmal tun. Es gibt Pfarrpersonen, bei denen man nachvollziehen kann, weshalb sie vom Angebot nicht Gebrauch machen, weil sie beispielsweise vor der Pensionierung stehen. Es gibt aber auch Vereinzelte, bei denen man nicht nachvollziehen kann, weshalb sie von den tollen Angeboten nicht Gebrauch machen. Viele sind es aber nicht.

Christian Hauser, Kreuzlingen: Ich spreche zur Statistik auf Seite 52. Bis 2010 wurden Taufen aus konfessionell gemischten Ehen erfasst. Dann fehlen die Zahlen. Weshalb werden die Zahlen nicht mehr aufgeführt?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Das System hat geändert. Mit "aus konfessionell gemischten Ehen" war gemeint, dass ein Elternteil katholisch und der andere evangelisch ist. Heute gibt es mehrere Varianten. Deshalb wird die andere Seite erhoben, bei der die Eltern noch rein evangelisch sind. Andernfalls müssten wir die Liste vergrössern. Deshalb wurde das System geändert. Es gab weiterhin ca. 300 Taufen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

5 Kapitel

Diskussion - **nicht benützt.**

6 Finanzen

Roland Zuberbühler, Sirnach: Ich spreche zu Seite 62, Berechnung der Baubeiträge im Rechnungsjahr 2018. Dort wird für Baubeiträge an finanzschwache Gemeinden Rechenschaft abgelegt. Es ist ein Raster aufgeführt, wie die Baubeiträge im vergangenen Jahr verteilt wurden. Wie zu lesen ist, reichen die Beiträge trotzdem nicht ganz aus. Es heisst dort: "Bei Gemeinden, bei denen diese Beträge nicht ausreichen, wurde geprüft, ob im Sinne von § 19 der Verordnung der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau über Leistungen der Landeskirche zu Gunsten von finanzschwachen Kirchgemeinden (KGS 11.3) ein Härtefallbeitrag gesprochen werden konnte." Gab es solche Härtefälle? Wenn ja, wie viele? Um wie viel Geld geht es genau?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Die Gesamtsumme der Härtefälle kann der Rechnung entnommen werden. Es sind zwei Gemeinden, welche unter dem Titel der Härtefälle unterstützt werden. Wie auf Seite 61 nachzulesen ist, sind dies Andwil und Braunau. Beide Kirchgemeinden sind sehr klein. Es ist nicht möglich, das Pfarramt zu teilen. Dies würde alles etwas erträglicher machen. Bei einer Einzelgemeinde kann das Pfarramt nicht beliebig reduziert werden. Mit den Kirchgemeinden Märwil, Affeltrangen und Braunau sind Gespräche oder mehr noch

Vorarbeiten für einen Zusammenschluss geleistet worden. Dies wird uns in der Übergangszeit einiges kosten. Die Synode hat festgelegt, jenen Kirchgemeinden während sechs Jahren unter die Arme zu greifen, die bereit sind, eine Fusion vorzunehmen, welche den Finanzausgleich längerfristig entlastet. Dies ist der Mechanismus. Roland Zuberbühler legt den Finger auf einen wunden Punkt, dass wir mit den vorliegenden Regeln zum Finanzausgleich durchkommen. Härtefälle müssen die grosse Ausnahme sein. Meines Erachtens funktioniert der Finanzausgleich auf der heutigen Basis aber gut.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Anhang

Diskussion - **nicht benützt.**

Synodalpräsidentin: Möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSSFASSUNG:

Der Jahresbericht 2018 der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau wird einstimmig genehmigt.

Synodalpräsidentin: Ich danke dem Kirchenrat, vor allem aber auch dem Kirchenratspräsidenten Pfr. Wilfried Bühler, sowie allen weiteren Angestellten, Freiwilligen und Beauftragten, die mit ihrem Engagement dazu beigetragen haben, dass unsere Landeskirche lebendig, farbig und in Bewegung ist. Der Kirchenrat ist unser Exekutivgremium und damit dafür verantwortlich, dass alle anderen Fachpersonen und Laien, welche sich in der Landeskirche engagieren, ihre Aufgabe im Sinne des Evangeliums erfüllen. Der Jahresbericht dokumentiert die vielfältigen Aufgaben sehr eindrücklich und zeigt aber auch, zumindest ansatzweise, die Herausforderungen auf, welche auf uns warten.

TRAKTANDUM 6

RECHNUNGEN 2018

BERICHT UND ANTRAG DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

a) Hauptrechnung

Eintreten

Eintreten ist gemäss Kirchenverfassung **obligatorisch**.

Detailberatung

Synodalpräsidentin: Wir diskutieren die Rechnung, welche in einem separaten Heft abgedruckt ist, nach Kontonummer. Bitte nennen Sie bei Ihren Voten die Seitenzahl und das entsprechende Konto. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission liegt schriftlich vor. Das Wort hat zuerst der Vertreter der Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Michael Raduner, Horn: Die GPK hat die Rechnung 2018 an ihrer Sitzung vom 24. Mai 2019 beraten. Sie ist über den positiven Abschluss erfreut. Wir danken für die ausführlichen und hilfreichen Erläuterungen. Die Rechnung schliesst fast 200'000 Franken besser ab als budgetiert. Einerseits resultierte bei den Steuereinnahmen ein Mehrertrag, andererseits sind die Ausgaben tiefer ausgefallen. Es darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass dies durch Verschiebungen zustande gekommen ist. Dies zeigt auch, dass die Finanzlage nach wie vor labil ist. Die GPK ruft einmal mehr in Erinnerung, ein Augenmerk darauf zu richten, die Finanzlage stabil zu

halten. Ich verweise dazu auf die Beherbergungen des tecum. Diese Finanzierungen und Subventionierungen sollten wir in Zukunft prüfen, damit dort nicht zu grosse Beiträge nötig werden, die unsere Rechnung stark belasten.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Erfolgsrechnung

Diskussion - **nicht benützt.**

Investitionsrechnung

Diskussion - nicht benützt.

Bilanz

Diskussion - nicht benützt.

b) Sonderrechnung

Pfr. Markus Aeschlimann, Frauenfeld: Ich habe eine Frage zum "Fonds für kirchliche Hilfe im Inland", Seite 32. Letztes Jahr wurden dreimal 5'000 Franken an andere schweizerische Kantonalkirchen ausbezahlt. Der Fonds ist nun fast leer. Wie könnte man den Fonds wieder äufnen?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Nach langjähriger Praxis hätten wir beantragt, aus dem Vorschlag einen Betrag von 10'000 Franken oder 20'000 Franken in den Fonds zu bezahlen. In den letzten Jahren hat uns die GPK immer wieder von solchen Geldüberträgen abgeraten. Eine ähnliche Situation ist beim Fonds "Mütter in Not" entstanden. Dort wurden über das Budget 10'000 Franken gesprochen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als dieses Jahr mit den im Fonds noch vorhandenen 7'000 Franken auszukommen. Ich bitte Sie, bei der Budgetberatung im November daran zu denken, hier einen Betrag zu sprechen. Die Kirche Neuenburg hat grosse Probleme, und zwar nicht nur mit den Gebäuden, sondern auch mit dem Personal, welches finanziert werden muss. Neuenburg kennt keinen Steuerautomatismus. Die Unterstützung im Inland, die zwischenkirchliche Hilfe, ist wichtig. Es wäre möglich, in Abweichung der Empfehlung der GPK einen Antrag zu stellen, Geld aus dem Rechnungsvorschlag dem Fonds zuzuweisen.

Synodalpräsidentin: Möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen?

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Bei der Revision und bei den verschiedenen Diskussionen in anderen Gremien dominierte immer dasselbe Thema. Ich spreche zu Konto 501 Beherbergung, Seite 15. Die Nettokosten sind sehr stark gestiegen. Dies führte zu Diskussionen. Welches ist nun der Stand der Dinge?

Kirchenrätin Gerda Schärer: Auch der Kirchenrat ist über den Anstieg der Kosten etwas erschrocken. Eigentlich ist das aber positiv zu werten. Die Kartause verzeichnete im letzten Jahr sehr viele Beherbergungen. Die Kosten können nicht von einem auf den anderen Tag reduziert werden. Der Kirchenrat hat gewisse Zahlen angehoben. Nun müssen wir abwarten, wie sich alles entwickelt. Dieses Jahr übernachteten bisher nicht viele Gruppen in der Kartause. Es sind nicht nur die Beherbergungen, sondern auch externe Gruppen, welche die Kosten erhöhen. Es werden nicht nur Beherbergungen, sondern auch die Tagespauschalen externer Gruppen subventioniert. Es ist nicht möglich, die Subventionen ganz zu streichen. Die Preise für das nächste Jahr werden erhöht.

Synodalpräsidentin: Unsere Vorsynode hat ebenfalls darüber diskutiert. Es ist schön, dass die Kartause gut genutzt wird. Sie ist immer noch billiger, als wenn wir ein eigenes Bildungshaus unterhalten müssten.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich möchte auf die Entwicklung der Finanzen der Landeskirche hinweisen. Im letzten Jahr gab es Minderausgaben von 130'000 Franken. Diese haben zum guten Ergebnis beigetragen. Wenn man sich vorstellt, dass die Minderausgaben investiert werden und das Steuerpaket, welches uns ins Haus steht, bereits angenommen wäre, würde die Rechnung wohl negativ aussehen. Das Steuerpaket, welches wir an der Urne gutgeheissen haben, beinhaltet bekanntlich, dass die Unternehmen vermutlich weniger Steuern bezahlen müssen. Ich habe von Zahlen gehört, dass die Landeskirche 140'000 Franken weniger Steuergelder erhalten wird. Wenn man die Mindereinnahmen von 130'000 Franken und die fehlenden Steuereinnahmen von 140'000 Franken zusammenzählt, würde sich ein Minus in der Rechnung ergeben. Wir müssen uns bewusst sein, dass der vorliegende positive Abschluss eine Folge glücklicher Umstände ist. Wenn wir wie bisher weitermachen, wird die Rechnung in den nächsten Jahren mit einem Minus abschliessen. Es stellt sich die Frage, wie wir nun reagieren. Es liegt an uns Synodalen. Eine Möglichkeit wäre es, den Steuersatz der Landeskirche von 2,5% auf 2,6% oder 2,7% zu erhöhen. Eine andere Möglichkeit wäre es, den Rotstift in die Hand zu nehmen. Es ist genügend Eigenkapital vorhanden, um ein, zwei oder vielleicht auch drei Jahre mit einem Rückschlag zu rechnen, ohne dass die Landeskirche in Schieflage gerät. Die Finanzen werden in Zukunft aber angespannter werden.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Wenn man dafür verantwortlich ist, dass die Löhne bezahlt werden können, muss man nach vorne schauen und rechnen. In den letzten Jahren ist es uns immer gut gegangen; meist besser als prognostiziert. Auf der individuellen Steuerebene gehören die sogenannten Babyboomer nun zu den besten Steuerzahlern. Sie sind zwischen 55 und 65 Jahre alt. Dies wird sich alleine schon demographisch ändern, und es werden weniger junge Menschen nachkommen. Ausserdem kommen auch noch die Kircheng Austritte hinzu. In einem Zeitungsartikel wird zu den künftigen Steuereinnahmen geschrieben, dass der Anteil der juristischen Personen von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich sei. Der absolute Spitzenreiter in Sachen Anteil der Firmensteuern gegenüber Privatsteuern ist die Gemeinde Bussnang mit 36,7%. Mehr als ein Drittel der Steuereinnahmen in der Kirchgemeinde Bussnang kommen auf diese Art zusammen. Ich habe mir sagen lassen, dass es in der Stadt Zürich ungefähr die Hälfte sei. Die Anpassung des Steuergesetzes wird die Gemeinden unterschiedlich treffen. Einzelne Landgemeinden sind mit 2% bis 3%, mittelgrosse Gemeinden mit 15% betroffen. Andere Gemeinden, welche eine grosse Firma in ihrer Gemeinde haben, sind noch stärker betroffen. Kantonal machen die Firmensteuern gesamthaft zwischen 11% und 12% aus. Ich gehe davon aus, dass es für die Kirchen etwa dasselbe bedeutet. Falls durch die Revision des Steuergesetzes ein Drittel oder ein Viertel wegfällt, wie es vorausgesagt wird, trifft es die evangelische Kirche mit 3% bis 4%. Es kann davon ausgegangen werden, dass es von den vier Millionen Franken Steuergeldern, welche wir erhalten, ein Drittel weniger, also etwa 160'000 Franken sein werden. Vielleicht werden wir in den nächsten Jahren immer wieder mit positiven Abschlüssen überrascht, weil es der Wirtschaft gut geht. Wir sollten uns nicht nur, aber auch darüber Gedanken machen, wo wir sparen können. Wo gibt es Möglichkeiten, Zusatzstellen zu finanzieren? Dies meine ich im Blick auf die Kirchgemeinden. Es gibt bereits Gemeinden, die Stellen auf privater Basis finanzieren. Dies ist dort, wo es möglich ist, eine gute Sache und wird durchaus die Zukunft der Kirche sein. Wir haben von Môtier gehört, dass dort nebst der Kirchgemeinde ein Verein mithilft, die Kirche zu sanieren. Dies ist zwar nicht neu. Schon vor hundert Jahren hat man Kirchen mit Sponsoring finanziert. Die Spender-Namen wurden beispielsweise in den Glasfenstern verewigt. Wir müssen uns wieder etwas einfallen lassen. Ich habe zwar keine Angst. Alles setzt aber eine lebendige Kirche voraus. Wenn wir eine solche haben, sind auch die Finanzen im Lot.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Die Hauptrechnung 2018 der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau wird einstimmig genehmigt.

Synodalpräsidentin: Möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen? Das ist nicht der Fall. Ich danke dem Kirchenrat sowie Katrin Argand für die grosse Arbeit.

Beschluss über die Verwendung des Vorschlags

Synodalpräsidentin: Der Antrag des Kirchenrates zur Verwendung des Vorschlags liegt schriftlich vor. Er ist auf der Seite 3 in der Rechnung 2018 abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission liegt ebenfalls schriftlich vor.

Pfr. Markus Aeschlimann, Frauenfeld: Ich stelle den **Antrag**, den "Fonds für kirchliche Hilfe im Inland" aus dem Vorschlag mit 15'000 Franken zu öffnen. Wie erwähnt sind aus dem Fonds dreimal 5'000 Franken an Kantonalkirchen in schwierigen finanziellen Situationen geflossen. Es sind dies die evangelischen Kirchen der Kantone Neuchâtel, Tessin und Genf. Meines Erachtens sollte man dies weiterführen. Wir haben zwar gehört, was in Zukunft sein wird. Uns geht es derzeit finanziell gut, anderen aber nicht. Mit der Öffnung schaffen wir eine Existenzsicherheit auf dem Boden des "Füreinander Sorgen". Jene, denen es finanziell gut geht, sollten die nicht vergessen, denen es finanziell schlecht geht. Im "bref" wurde dazu ein interessanter Artikel publiziert. Die Neuenburger Kirche hat mit einem Defizit von 900'000 Franken gerechnet. Das effektive Defizit beträgt 380'000 Franken. Zur Reduktion des Defizits haben unter anderem die Spenden anderer Kirchgemeinden beigetragen. Wir sollten den Vorschlag 2018 nicht einfach in unsere eigene Kasse versorgen. So müssen wir bei der Beratung des Budgets nicht mehr daran denken, und es geht nicht vergessen.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich bitte Sie, den Antrag Aeschlimann abzulehnen, und zwar aus grundsätzlicher Überlegung. Ich habe zwar nichts dagegen, dass 15'000 Franken in den Fonds fliessen sollen. Früher hat man es so gehandhabt, dass der Vorschlag in solche Kassen verteilt wurde. Aus der Synode kamen jeweils andere Ideen, wie man den Vorschlag verteilen könnte. Die GPK drängt seit Jahren darauf, einen Vorschlag dem Eigenkapital zuzuweisen, damit solche Anträge über das Budget gestellt werden können. So gibt es nicht quasi zwei Rechnungen. An der Beratung über das Budget können Anträge gestellt werden. Der Kirchenrat könnte mit der Kompetenzsumme, welche ihm zur Verfügung steht, einen Betrag von 15'000 Franken sprechen, falls dies nötig ist. Deshalb gibt es keine Notwendigkeit, dem Antrag zuzustimmen.

Pfr. Jakob Bösch, Eschlikon: Offensichtlich habe ich bei der Beratung des Budget 2018 nicht beachtet, ob die Weiterführung der bescheidenen je 5'000 Franken sichergestellt ist. Meines Erachtens wäre es beschämend, mit der Öffnung des Fonds bis zum Budget 2020 zu warten. Falls der Kirchenrat die Beiträge sprechen kann, wie dies der Präsident der GPK erwähnt hat, ist der Antrag Aeschlimann allerdings tatsächlich nicht nötig. Es ist entscheidend wichtig, dass diese Kirchen die Unterstützung erhalten.

Eugen Schmitter, Weinfelden: Ich unterstütze das Votum von Pfr. Dr. Andreas Gäumann. Als ehemaliger Pfleger weiss ich, dass die Revisoren den Kirchgemeinden immer wieder von den vielen "Kässeli" und der Öffnung von Fonds abraten. Wir sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Es stimmt nicht, dass wir kein Geld mehr haben. Es gibt die "Vorfinanzierung Kompetenzsumme Kirchenrat". Diese weist per 31. Dezember 2018 einen Saldo von 31'673 Franken aus. Notfalls könnte man auch diesem Konto Geld entnehmen. Ich glaube nicht, dass wir plötzlich keine Beiträge mehr sprechen könnten.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Der Antrag Aeschlimann wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Synodalpräsidentin: Der Kirchenrat schlägt vor, den Vorschlag der Rechnung 2018 von Fr. 198'908.58 dem Eigenkapital zuzuweisen.

BESCHLUSSFASSUNG

Dem Antrag des Kirchenrates zur Verwendung des Vorschlags der Rechnung 2018 wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Synodalpräsidentin: Möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen? Das ist nicht der Fall.

TRAKTANDUM 7

VEREINBARUNG BETR. "ÖKFIBU"

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Detailberatung

Synodalpräsidentin: Die Vereinbarung der Kommission ökFibu und das Betriebsreglement sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 3 bis 7 abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission liegt ebenfalls schriftlich vor. Ich schlage vor, die Vereinbarung als Ganzes durchzuberaten. **Stillschweigend genehmigt.**

Kirchenrätin Ruth Pfister: ökFibu war an der Synode schon öfters ein Thema. Ich bin erleichtert, den Synodalen mitteilen zu können, dass das Programm läuft. Wir sind über den Berg. Nun wird das Projekt in den Normalbetrieb überführt. Ich danke allen Beteiligten, welche zum Gelingen beigetragen haben. Heute soll der Vertrag zwischen der evangelischen und der katholischen Landeskirche genehmigt werden. Ausserdem liegt das Betriebsreglement vor. Dabei geht es uns vor allem darum, dass die Kirchgemeinden, welche bei ökFibu mitmachen, bestimmen können, wie es weitergeführt werden soll, was beispielsweise ausgebaut oder verfeinert werden soll. Der Kirchenrat wird das Präsidium bestimmen, weil wir als Landeskirche gegenüber den Vertragspartnern haften.

Diskussion - **nicht benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Die Synode genehmigt den Vertrag betr. ökFibu mit grosser Mehrheit.

TRAKTANDUM 8

REVISION VON PERSONALRECHTLICHEN VORSCHRIFTEN UND RICHTLINIEN DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE DES KANTONS THURGAU

- a. Änderung in der Rechtsstellungsverordnung (KGS 12.11)
- b. Änderung in der Verordnung betr. Berufliche Vorsorge (KGS 12.5)
- c. Änderung in den Anstellungsrichtlinien (KGS 12.2)

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Detailberatung

Synodalpräsidentin: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 8 bis 12 abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission liegt schriftlich vor.

a. Änderung in der Rechtsstellungsverordnung (KGS 12.11)

Pfr. Harald Ratheiser, Arbon: Ich vertrete die Thurgauer Arbeitnehmer im Stiftungsrat der Perkos. Ausserdem bin ich seit 2006 Mitglied des geschäftsleitenden Ausschusses der Perkos. Ich habe die Aufgabe, den Arbeitnehmern alle drei Jahre zu erklären, dass der Umwandlungssatz gesenkt werden muss. Kirchenrat Rolf Bartholdi hat bereits erwähnt, dass wir länger leben. Dasselbe Vorsorgevermögen, welches wir ansammeln, muss für mehr Rentenjahre ausreichen. Dies erreicht man damit, dass der Umwandlungssatz reduziert wird. Als Folge davon weiss jemand in seinem 60. Altersjahr mit dem heutigen Modell nicht genau, wie hoch die Rente dereinst sein wird. Es kann nämlich durchaus sein, dass der Umwandlungssatz bis zum Zeitpunkt der Pensionierung noch einmal gesenkt werden muss. Diese Situation ist ungut und bedeutet Unsicherheit. Die Perkos hat sich deshalb entschieden, einen anderen Weg zu gehen. In der "Neuen Züricher Zeitung" wurde 2016 das "Dänen-Modell" vorgestellt. In Dänemark funktioniert das, was die Perkos nun beschlossen hat: Das Rentenalter wird an die Lebenserwartung gekoppelt. Andere Länder kennen ähnliche Modelle. Es ist das Ziel, dass der Arbeitnehmer weiss, wie hoch seine Rente sein wird. Der Umwandlungssatz wurde fix bei 5,5% festgelegt. Nach heutigem Stand des technischen Zinses von 2,5% ist der Umwandlungssatz von 5,5% ein pensionierungsneutraler Wert. Der technische Zins ist jener Zins, welchen wir benötigen, um alle Rentengelder zu verzinsen. Würde der Umwandlungssatz 6% betragen, müsste die Perkos immer aufzahlen. Beim halben Prozent handelt es sich um die so genannte Umverteilung, von welcher in allen Medien die Rede ist. In der Schweiz umfasst diese Summe rund 7 Milliarden Franken, welche von aktiven Versicherten für Rentenempfänger umgewandelt werden. Dies ist aber nicht der Fehler der Rentenempfänger. Trotzdem ist es systemwidrig. Mit dem neuen Modell ist der Umwandlungssatz fixiert. Es ändert sich lediglich das Eintrittsalter. Es besteht hier aber die Sicherheit, weil es als Anhang im Vorsorgereglement eine Tabelle gibt, in welcher auf fünf Jahre hinaus nachgesehen werden kann, wann das Renteneintrittsalter ist. Die Statistik wird alle fünf Jahre erneuert. Derzeit richtet sich unsere berufliche Vorsorge nach BVG 2015. Im Herbst 2020 wird die neue Statistik BVG 2020 herauskommen. Dann wissen wir, wie die Zahlen mit der steigenden Lebenserwartung aussehen. Danach wird die Tabelle angepasst. Es stimmt, dass der Kanton Thurgau der erste Kanton ist, der dies einführt. Ich bin aber davon überzeugt, dass die anderen Kantone rasch nachziehen werden. Meines Erachtens wird dies politisch früher oder später ein Thema sein. Mein ordentliches Pensionierungsjahr wird heute noch mit dem Jahr 2036 angegeben. Ich bin davon überzeugt, dass das Rentenalter im Jahr 2036 nicht mehr bei 64 Jahren für Frauen und bei 65 Jahren für Männer liegen, sondern bereits angehoben sein wird. Wir vollziehen auf Seite der 2. Säule, was auf Seite der 1. Säule sicher noch kommen wird. Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Pfr. Ruedi Bertschi, Romanshorn: Ich habe eine Frage zum Bildungsurlaub. Wenn man davon ausgeht, dass die Leute länger arbeiten, müsste man auch davon ausgehen, dass sie länger bildungsfähig und bildungswürdig sind. Kann man dann mit 58 Jahren noch einen Bildungsurlaub machen?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Auch dies müsste man im Hinterkopf behalten. 58 Jahre ist die "Deadline". Das heisst aber nicht, dass man anschliessend nicht mehr bildungsfähig ist. Es steht die Überlegung dahinter, dass in der verbleibenden Berufstätigkeit noch etwas

herausschauen soll. Vielleicht müssen wir diese Alterslimite einmal anpassen. Ich danke für den Hinweis.

Christian Lohr, Kreuzlingen: Der zeitliche Rahmen, in welchem das Projekt angesetzt wird, ist richtig gewählt. Die politische Diskussion auf Bundesebene wird das Thema der Altersvorsorge in den nächsten Jahren vertieft angehen. Eine Rentenalterserhöhung zeichnet sich ab. Dies erwähne ich aber mit einer gewissen Zurückhaltung. Eine breite Akzeptanz des Themas ist zumindest vorhanden. Wenn das Parlament die Diskussion über die Vorlage beginnt, dauert es bis zur Umsetzung bestimmt drei bis vier Jahre. Ich bitte Sie, dies zu bedenken. Denn wichtig ist letztlich die Umsetzung. Meines Erachtens ist der zeitliche Rahmen hier vernünftig. Es stellt sich die Frage, ob die Kirchgemeinden ihrem Personal die Möglichkeiten geben werden, die sechs Monate oder jene Zeit, die es braucht, länger zu arbeiten. Dies ist nämlich eine Herausforderung. In der öffentlichen Verwaltung geht die Tendenz dahin, dass die Leute bis zum ordentlichen Rentenalter arbeiten und anschliessend Platz für Jüngere freimachen sollen. Es gibt weiterhin junge Leute, die eine Arbeitsstelle brauchen. Wie stellt sich der Kirchenrat dazu?

Kirchenrat Rolf Bartholdi: Dies betrifft die Vorlage zur Revision der Verordnung über die berufliche Vorsorge. Darin ist die Rechtsgrundlage verankert, dass in Kirchgemeinden, welche der Perkos von Gesetzes wegen angeschlossen sind, im Arbeitsverhältnis mit nicht ordinierten Pfarrpersonen oder Diakonen das erhöhte vorsorgerechtliche Pensionsalter durchgesetzt wird. Dies wollen wir mit der Revision der Verordnung, über welche die Synode in Teil b beschlossen wird, realisieren.

Markus Hemmerle, Bischofszell-Hauptwil: Ich danke Kirchenrat Rolf Bartholdi. Er hat mir bereits im Vorfeld der heutigen Synode einige Fragen beantwortet. Es ist mir bewusst, dass wir den Inhalt der Vorlage nicht mehr verändern können. Ich zweifle aber daran, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Erhöhung des Eintritts in das Pensionsalter 65+ geht in die richtige Richtung. Es vergeht kein Tag, an dem nicht im Internet oder in der Zeitung über die Forderung der Erhöhung des Rentenalters berichtet wird. Meines Erachtens ist der Umwandlungssatz von 5,5% langfristig nicht haltbar. Die Perkos musste in den letzten drei Jahren den Umwandlungssatz immer um 0,1% senken. Letzten Herbst gab es ein kurzes Gewitter auf dem Finanzmarkt. Mir ist keine Pensionskasse bekannt, welche im letzten Jahr mit einer schwarzen Null oder positiv abgeschlossen hat. Die nächste Finanzkrise steht bereits vor der Tür. Wenn man sieht, wie fragil unsere Weltlage ist, frage ich mich, wie lange es bis zum nächsten Schlag dauert. Die Ausschläge werden heftiger und länger anhaltend werden. Ich gönne jedem, mit 65 Jahren in Pension zu gehen. Die Differenz von 5,5% auf aktuell 5,47% schlägt sich mit ca. 20 Franken pro Monat in der Pension nieder. Damit saniert man keine Pensionskasse längerfristig. Ich gönne auch jenen die Pensionierung mit 58 Jahren, die es brauchen oder wollen. Auch dort ist der Umwandlungssatz zu hoch. Die PUBLICA, die Pensionskasse des Bundes, gewährt aktuell einen Umwandlungssatz von 5,05% bei 65 Jahren. Der Umwandlungssatz des Kantons Thurgau ist wesentlich tiefer als die 5,5%. Das Rentenalter 58 ist antiquarisch. Selbst der Bund hat dies für seine Leute, welche im Ausland gearbeitet haben, gestrichen. Das Mindestalter für den Bezug von Pensionskassengeldern wurde auf 60 Jahre erhöht. Ich werde dieser Vorlage deshalb nicht zustimmen.

Pfr. Dr. Christian Herrmann, Gachnang: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden. Wir können die Anpassung nicht ablehnen, und wir können an der vorliegenden Verordnung, welche die Perkos erlassen hat, nichts ändern. Unsere Diskussion ist vergebens. Vielleicht können wir redaktionell etwas ändern, aber nicht mehr.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem Ordnungsantrag Herrmann wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

BESCHLUSSFASSUNG:

Der Revision der Verordnung zur Rechtsstellung der ordinierten Amtspersonen wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

b. Änderung in der Verordnung betr. berufliche Vorsorge (KGS 12.5)**Detailberatung**

Diskussion - **nicht benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Der Revision der Verordnung betr. berufliche Vorsorge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Evangelischen Landeskirche und der Evangelischen Kirchgemeinden wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

c. Änderung in den Anstellungsrichtlinien (KGS 12.2)**Detailberatung**

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Regelt der neue § 5^{ter} auch Teilkündigungen (Pensumsreduktion)? Pensumsreduktionen sind nicht immer durch einen geringeren Arbeitsumfang oder anderes zu rechtfertigen. Sie können auch einen missbräuchlichen Charakter aufweisen.

Kirchenrat Rolf Bartholdi: Es handelt sich hier um Richtlinien und nicht um eine Verordnung. Bei der Anpassung geht es darum, die Gesetzespraxis, welche die Rekurs- und Beschwerdekommision in einem klassischen Fall vor einiger Zeit festgehalten hat, im Recht umzusetzen. Für eine Kündigung durch den Arbeitgeber braucht es entgegen dem Privatrecht einen Grund. Im Speziellen geht es darum, dass im Falle einer Kündigung aufgrund ungenügender Leistung oder unbefriedigenden Verhaltens dem Arbeitnehmer vor der Aussprache der Kündigung nochmals eine sogenannte Frist zur Besserung angesetzt und ihm damit eine letzte Chance eingeräumt wird. Schliesslich geht es darum, dass eine Stelle abgeschafft werden könnte, weil beispielsweise zu wenige Schülerinnen und Schüler vorhanden sind und die Stelle aus betrieblichen Gründen aufgehoben wird. Dies wäre ein wichtiger Grund, um ein Arbeitsverhältnis auflösen zu können. Die meisten Fälle betreffen die Frage einer Reduktion des Arbeitspensums. Allerdings habe ich noch nie von einem diesbezüglichen Streitfall gehört. Es ist möglich, dass das Pensum einer katechetisch Tätigen reduziert wird. Ich gehe davon aus, dass dies in gegenseitigem Einvernehmen abgewickelt wird. Es besteht nun die Möglichkeit, eine Änderungskündigung auszusprechen, mit welcher sich beide Parteien einigen können.

Kirchenrätin Ruth Pfister: Zur Reduktion der Arbeitspensum: In den Musterverträgen für Katecheten und den dazugehörigen Erläuterungen empfehlen wir den Kirchgemeinden, jemanden nicht konkret beispielsweise für drei Lektionen anzustellen, sondern "von ... bis ...". Es ist je nach Schülerzahl manchmal wirklich schwierig vor auszusehen, ob eine Katechetin zwei oder drei Lektionen unterrichten kann.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Der Revision der Anstellungsrichtlinien für katechetisch und sozialdiakonisch Tätige der Kirchgemeinden wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

ENDE DER VORMITTAGSSITZUNG: 11.55 UHR

BEGINN DER NACHMITTAGSSITZUNG: 13.45 UHR

TRAKTANDUM 9

STELLEN IM BEREICH DIAKONIE

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Detailberatung

Synodalpräsidentin: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 13 bis 15 abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission liegt ebenfalls schriftlich vor.

Pfr. Gottfried Spieth, Diessenhofen: Wie ist die Stellenausschreibung konkret zustande gekommen? Welche theologischen Gründe stecken dahinter, die Stelle mit "fresh expressions of church" auszuschreiben? Gibt es auch andere Konzeptionen, welche in Richtung Gemeindeaufbau und -entwicklung im Sinne einer Förderung des Glaubens unter Aussenstehenden und Kirchenfremden geht? Könnte dabei das klassische Modell von Mission und Evangelisation eine Rolle spielen?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Diese Stelle ist in keiner Weise ausgeschrieben. Es ist die 50%-Stelle zur Weiterführung der klassischen Diakoniestelle der Arbeitslosenberatung ausgeschrieben. Die Stelle ist noch nicht besetzt. Wenn die Synode den Punkt 2 unseres Antrags ablehnen würde, würde es für das Bewerbungsverfahren nochmals anders aussehen. Zu Punkt 3 können wir noch nicht im Detail Auskunft geben. Wir haben versucht, das ernst zu nehmen, was in den verschiedenen Foren und Gremien zum Thema der Kirchenentwicklung gesagt wurde. Man will Neuland beschreiten und Formen der Kirche ins Leben rufen, welche nicht wie bis anhin territorial definiert sind. Wenn die Synode dem Kirchenrat gemäss Punkt 3 den Auftrag erteilt, werden wir die Grundzüge ausarbeiten und der Synode einen Bericht und Antrag unterbreiten. Unseres Erachtens ist "fresh expressions " sehr gut. Wir konnten uns in London selbst davon überzeugen. Mission und Evangelisation spielen eine Rolle. Wir denken weniger an einen Star-Referenten, welcher durch das Land zieht, sondern an jemanden, der mit Gruppen vor Ort versucht, etwas aufzubauen. Dies kann durchaus anders sein als das, was derzeit in der Gemeindehoheit vorhanden ist. Ich weiss, dass meine Aussagen etwas vage sind. Meines Erachtens müssen wir einen Schritt wagen. Die Trägerschaft, welche nicht mehr nur auf eine Kirchgemeinde bezogen ist, muss dies tragen, und zwar bis hin zu den Finanzen. Es kann nicht sein, dass die Kantonalkirche dies bezahlt. Es müssten Formen sein, bei welchen die Trägerschaft sehr motiviert ist und alles wirklich trägt. Die Kantone Bern und Zürich stehen diesbezüglich ebenfalls noch ganz am Anfang. Kreuzlingen scheint mit dem "Open Place" etwas voranzugehen. Man geht von den Basisbedürfnissen der Menschen aus und will etwas schaffen, das mehr ist als nur gerade eine Essensabgabestelle. Wir müssen etwas von der Frage wegkommen, ob es sich um Mission, Evangelisation, Diakonie oder das Sicherstellen von Basislebensgrundlagen handelt. Vielleicht müssen wir dies als Kirche wieder neu lernen.

Brigitta Lampert, Diessenhofen: Der Kirchenrat schreibt in seinem Antrag von einer 50%-Stelle. Ich frage mich, ob dies der richtige Weg ist, bereits von 50% auszugehen. Muss die Stelle um der Stelle willen besetzt werden? Vielleicht wäre der umgekehrte Weg sinnvoller. Es ist das Thema der letzten Tagungen der "Zukunft Kirche", dass man dranbleiben will. Die Kirchgemeinden sind froh, wenn sie beim Aufbau Unterstützung erhalten. Ich erwarte, dass an der nächsten Synode konkret mitgeteilt wird, welche Ziele speziell verfolgt werden und ob dieses Arbeitspensum 30%, 50% oder 75% beansprucht.

Beat Nef, Neukirch an der Thur: Es ist gut, dass der Kirchenrat in diese Richtung etwas unternehmen will. Wie es Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler erklärt hat, ist es schwierig, die Stellenprozente einzuschätzen. Meines Erachtens sollten wir uns nicht daran aufhängen, sondern abwarten, was sich daraus entwickelt. Es ist wichtig, dass man in einem Zeitraum von beispielsweise zwei Jahren Bilanz zieht und sich vergewissert, ob in die eingeschlagene Richtung weitergegangen und ob die Stelle über 50% allenfalls nochmals bewilligt werden soll.

Prof. Dr. Christine Aus der Au, Frauenfeld: Ich freue mich über den Antrag. Meines Erachtens öffnen wir damit Türen. Ich habe es so verstanden, dass der Stellenumfang von 50% budgetneutral ist. Wir schaffen mit der Stelle Raum für das, was sich ergeben soll. In England ist "fresh expressions" sehr strukturiert. Bei uns hat es aber vor allem den "Groove", nicht bereits eine Vorstellung zu haben, was Kirche sein muss. Es gibt noch gar kein Suchbild, was wir wollen, und vor allem was den Kirchgemeinden nützt. Wir brauchen jemanden, der seine Nase in den Wind hält und mit jenen 60% der der Kirche distanzierenden Leute vielleicht in einem Restaurant spricht und sie fragt, was sie brauchen, welche Wünsche, Hoffnungen und Sehnsüchte diese Leute haben und was wir daraus machen können. Anschliessend müssen wir darüber diskutieren. Deshalb freue ich mich auf den Antrag, wie er in einem Jahr ausformuliert vorliegen wird, damit wir sagen können: Das gehört zu uns und ist auch Kirche. Vielleicht ist es etwas ganz Neues, das aus dem Bedürfnis der Leute heraus entsteht und ganz anders strukturiert ist. Ich mache beliebt, den mutigen Schritt zu machen, ohne genau zu wissen, was dabei herauskommt.

Bernhard Rieder, Frauenfeld: Ich beziehe mich auf die Stelle der Arbeitslosenberatung. Der Kirchenrat soll für seine Aufgaben mit robusten Mitteln ausgestattet werden. Das ist mir wichtig. Ich frage mich aber, ob die Arbeitslosenberatung tatsächlich eine Aufgabe und ein Kerngeschäft der Landeskirche ist. Es ist unbestritten, dass sich Arbeitslose in einer sehr schwierigen Situation befinden. Sie brauchen unter Umständen Betreuung, seelsorgerische Begleitung oder Beratung. Dies müsste doch in den Gemeinden stattfinden. Das Netz im Kanton Thurgau ist sehr dicht, es ist uns lieb und teuer. Es soll deshalb entsprechend genutzt werden. Die GPK weist immer wieder darauf hin, dass die Landeskirche in ein strukturelles Defizit geraten könnte. Die Stellen sind teuer. Ich frage mich deshalb, wann der richtige Zeitpunkt ist, um über eine Stelle zu beschliessen. Ich stelle keinen Antrag, eine Stelle zu streichen, wenn diese besetzt ist. Der richtige Zeitpunkt, um über Stellen zu sprechen, ist dann, wenn es Vakanzen gibt. Eine solche haben wir. Kann der Kirchenrat etwas über die Bedeutung der Stelle der Arbeitslosenberatung sagen?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Das Feld der Diakonie oder Sozialarbeit, welche kirchlich motiviert ist, wäre riesig. Man kann sich fragen, weshalb wir uns seitens des diakonischen Bereichs ausgerechnet beim Thema der Arbeitslosen engagieren. Die Caritas hat einen ihrer Schwerpunkte im Zusammenhang mit der Schuldensanierung gelegt. Wir könnten uns vorstellen, uns in einem anderen Gebiet diakonisch zu engagieren. Der Staat macht mit den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bereits sehr viel. Es gibt noch andere Einrichtungen. Wir sind eine von vielen. Wir machen uns keine Illusion darüber, was mit einer 50%-Stelle alles möglich ist. Die RAV wurden anfangs der 90er-Jahre geschaffen, als die Arbeitslosigkeit wieder ein neues Phänomen war, nachdem es sie lange gar nicht gab. Im protestantischen Bereich gewichten wir das Arbeitsethos sehr stark. Wenn man so geprägt ist, ist Arbeitslosigkeit noch dramatischer, als wenn man von "dolce far niente" spricht. Man wollte in den 90er-Jahren einen Akzent setzen. Dies wurde während vielen Jahren sehr gut wahrgenommen. Die Beratung soll aber noch

etwas anderes als nur die fachliche Beratung, nämlich Seelsorge sein. Natürlich ist es auch das, was von den Pfarrpersonen in den Kirchgemeinden erwartet wird, aber doch auf die Thematik spezialisiert. Meist gibt es einen konkreten Anlass, um den Pfarrer bei einem Problem um ein Gespräch zu bitten. Hier ist es ähnlich. Meist gelangt man mit der Kündigung oder der Einstellung der Stelle zur Beratung und stellt fest, dass noch andere, menschliche Probleme vorhanden sind. Über die letzten Jahrzehnte wurde die Hilfestellung gewährt. Die Zahl der Arbeitslosen ist derzeit nicht sehr hoch. Die Zahlen zeigen aber nur die ausgewiesenen Arbeitslosen, also jene, die "stempeln" gehen. Es gibt auch Langzeitarbeitslose. Sie sind statistisch aber nicht erfasst. Ich habe Verständnis für die Überlegungen von Bernhard Rieder. Ich weiss nicht, ob man heute noch alles gleich erfinden würde, wenn man dies müsste. Unseres Erachtens ist es richtig, die Stelle so zu besetzen. Deshalb haben wir sie auch ausgeschrieben. Die Synode entscheidet, ob diese im Umfang von 50% wieder besetzt wird. Solange wir Steuergelder von Nichtmitgliedern, also juristischen Personen, erhalten, ist es gerechtfertigt, eine solche Stelle zu führen, die nicht nur für Mitglieder tätig ist, wie es die Stelle Diakonie ist.

Pfr. Gottfried Spieth, Diessenhofen: Ich frage mich, ob es bezüglich "fresh expressions of church" eine stärkere Beteiligung der Kirchgemeindebasis geben sollte, welche zur Ausschreibung führt, sodass die Stelle kollektiv erdacht und konzipiert wird. Das eine ist die ehrenwerte Arbeit des Kirchenrates, welche wir sehr schätzen. Es könnte durchaus auch im Sinne eines Arbeitskreises oder eines Beratergremiums die Möglichkeit geben, dass an der Gestaltung der Stelle bereits im Prozess der Ausschreibung die Kirchgemeindebasis miteinbezogen wird. Ich stelle deshalb den **Antrag**, dass aus den Gemeinden eine Mitbeteiligung erfolgt im Prozess der Ausschreibung der "fresh expressions"-Stelle etwa im Sinne eines Arbeits- und Beraterkreises, der dem Kirchenrat flankierend zur Seite steht im Prozess der Definition der auszuschreibenden Stelle.

Diakon Hanspeter Rissi, Kreuzlingen: Ich bin über die Ausschreibung sehr erfreut. Ich vergleiche es etwas mit der "Migros". Wenn die "Migros" morgen ein Cola einführt, das blau ist und in dem Kohlensäure von oben nach unten fallen soll, muss sie etwas investieren, ob die Leute das wollen oder nicht. Mit dem "fresh expressions of church" verhält es sich genau gleich. Man muss starten und abwarten, was daraus entsteht. Je enger wir den Rahmen stecken, desto grösser ist schliesslich die Enttäuschung, wenn es in eine ganz andere Richtung läuft. Ich war in meinem Weiterbildungsurlaub während drei Monaten in Berlin. Beim Vergleich zwischen Berlin und dem Thurgau kann man nur staunen. In Berlin beginnt man einfach und wartet ab, was entsteht. In Kreuzlingen wurde "fresh expressions" gestartet. Man wusste nicht, wohin die Reise geht. Nun hat man etwas mehr Geld dafür gesprochen, damit koordiniert und eingeleitet werden kann. Ich bitte die Synodalen, die Möglichkeit zu schaffen, damit man experimentieren kann. Es soll nicht alles reglementiert werden. Mich stört es, dass eine 80%-Stelle in zwei 50%-Stellen umgewandelt wurde. Im Stellenplan der Landeskirche wird bei kleinen oder kleinsten Stellenpensen eine zweite Stelle benötigt. Ich bitte den Kirchenrat, zu prüfen, ob zur ausgeschriebenen 50%- allenfalls eine 30%-Stelle einer Kirchgemeinde hinzugezogen werden könnte, sodass eine Arbeitsstelle geschaffen werden könnte, von welcher jemand leben kann. Ich bin ein typisches Beispiel. Mit meiner 70%-Stelle als Diakon könnte ich leben. Die 15% als Seelsorger im Erstaufnahme- und Verfahrenszentrum Kreuzlingen und die Arbeit bei der Diakonie Schweiz geben mir den Stellenrahmen. Wir sollten viel mehr kantonal denken. Wer in Berlin vor der Türe steht, weil er Hunger hat oder friert, dem wird die Türe geöffnet. Alles andere steht nicht zur Diskussion. Man fragt nicht nach, wo die Person registriert ist. So ist es auch in Kreuzlingen. Ob die Person nun aus Bottighofen, Bischofszell oder Wängi stammt, wird in Kreuzlingen nicht geprüft. Deshalb sollten die Stellen regional geschaffen werden. Vielleicht ist Kreuzlingen einmal um die umliegenden Gemeinden froh, wenn man uns berücksichtigt.

Pfr. Walter Oberkircher, Dussnang: Ist die 50%-Stelle für die Arbeitslosenberatung eine Fachstelle oder könnte es auch eine Diakonenstelle sein? Ich möchte auf keinen Fall den diakonischen

Auftrag unserer Landeskirche in Frage stellen. Ich gehe davon aus, dass die Diakone auf dem Gebiet der Diakonie und Seelsorge wesentlich besser ausgebildet sind als die Pfarrer.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Wir stellen fest, dass die Teilzeitstellen zunehmend beliebt sind. Wir könnten die Stelle gut mit einer Stelle für Jugendarbeit im diakonischen Bereich kombinieren. Wir haben mit fix kombinierten Stellen nicht die besten Erfahrungen gemacht. Wenn zwei Stellen nichts gemeinsam haben, kann es schwierig werden, Personen zu finden, welche den doppelten Anspruch erfüllen. Ich möchte mich nicht zu stark auf den zweiten 50% behaften lassen. Wir haben einzig darauf geachtet, dass die Stelle kostenneutral ist. Ich bin mir über die Botschaft noch nicht im Klaren. Es geht nicht um die Ausschreibung der Stelle. Dies geschieht erst, wenn die Synode noch einmal darüber debattiert hat. Es wäre sicher gut, Leute von verschiedener Seite in die Erarbeitung der Botschaft miteinzubeziehen. Ich sehe die Bedenken der Kirchgemeinden, weil sie sich davor fürchten, dass man ihnen ihre traditionelle Gemeindearbeit streitig macht. Deshalb sollen verschiedene Player ins Boot geholt werden. Der Kirchenrat hat sich genügend Zeit ausbedungen. Er wird sich bis an der November-Synode 2020 Zeit lassen. Wir werden auch Synodale anfragen, um hier mitzudenken.

Beat Nef, Neukirch an der Thur: Mir ist mit der Rückstufung der Stelle der Arbeitslosenberatung auf 50% nicht wohl. Soll das heissen, dass sie nicht wichtig ist und man einfach etwas macht? Ich frage mich, ob man die Stelle weiterführen soll. Von "fresh expressions" sind wir alle begeistert. Vielleicht sollten wir uns einfach nur darauf festlegen. Wenn man in zwei Jahren merkt, dass es die Stelle der Arbeitslosenberatung doch braucht, gibt man wieder Gas. Ist sie eine Art Auslaufmodell?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Es ist interessant, dass es zum 1. Antrag des Kirchenrates keine Wortmeldungen gab. Zum 2. Antrag wurde die Stelle der Arbeitslosenberatung als Auslaufmodell bezeichnet. Unseres Erachtens hatte die Stellenvermittlung für Welschland-Aufenthalte ihre Zeit. Das Gebiet, in welchem man sich als Kirche in Ergänzung zu dem, was der Staat macht, diakonisch engagiert, würde riesig werden. Die Arbeitslosigkeit ist ein Thema. Das Thema der Rechtsberatung ist nach oben offen. Wir brauchen für die Stelle jemanden, der fachlich und seelsorgerisch sehr kompetent ist. Es wäre deshalb möglich, dass die Türen der Beratungsstelle eingerrannt werden. Dann würden vielleicht auch 150% nicht ausreichen. Die Synode muss sich die Frage stellen, wie viel sie dafür investieren möchte. Meines Erachtens ist es jetzt der Zeitpunkt, um dies weiterzuführen. Vielleicht denkt ein Nachfolger einmal anders. Die Zahlen in der Beratung schwanken. Dies hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen, beispielsweise mit der beratenden Person oder der Arbeitslosigkeit. Der Kirchenrat schlägt der Synode deshalb vor, das Angebot in diesem Umfang weiterzuführen. Die RAV sind froh um unser Angebot. Es gibt immer wieder Leute, bei denen die Lebenssituation komplexer ist als das, was im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit steht. Wir haben ein gutes Feld für unser diakonisches Engagement. Es ist mir bewusst, dass auch etwas anderes möglich wäre.

Eugen Schmitter, Weinfeld: Mit der Annahme des 3. Antrags des Kirchenrates beauftragt ihn die Synode, einen Vorschlag bis Ende 2020 auszuarbeiten. Für das Projekt "fresh expressions of church" haben wir noch kein Geld gesprochen. Deshalb ist der Antrag Spieth meines Erachtens etwas verwirrend. Ich verstehe nicht, was der Antragsteller damit genau meint.

Synodalpräsidentin: Wir stimmen über die Anträge des Kirchenrates ab. Ein Antrag auf eine andere Formulierung ist allenfalls möglich. Man kann den Anträgen zustimmen oder sie ablehnen. Meines Erachtens ist es das Anliegen des Antrags Spieth, die Bedürfnisse der Kirchgemeinden in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Vielleicht müsste es im Antrag Spieth "Ausgestaltung" und nicht "Ausarbeitung" heissen. Es sollte bereits im Voraus eine Konsultation stattfinden.

Vielleicht könnte auch ohne die Gutheissung des Antrags eine "groupe de réflexion" gebildet werden. Es muss mutig sein und darf auch "danebengehen". Ich übernehme keine Garantie. Das Projekt muss aber durchdacht werden, damit die Synode entscheiden kann und weiss, was wir wollen. Deshalb ist es gut, wenn im Vorfeld alles breit abgestützt ist.

Pfr. Gottfried Spieth, Diessenhofen: Die Anpassung ist ganz in meinem Sinn.

Diskussion - **nicht weiter benützt**.

Abstimmung:

Der Antrag Spieth wird mit 54:34 Stimmen abgelehnt.

BESCHLUSSFASSUNG:

1. Die Synode beschliesst einstimmig: Die Arbeit im Rahmen der Stellenvermittlung "oui si yes" wird per 31. Mai 2020 aufgegeben. Für das Schuljahr 2019/20 werden noch ein letztes Mal Stellen vermittelt, und die vermittelten Personen werden von der Stellenleiterin im üblichen Rahmen betreut.
2. Die Synode nimmt zur Kenntnis, dass die Stelle der Arbeitslosenberatung in einem 50%-Pen-sum weitergeführt wird.
3. Die Synode beschliesst mit grosser Mehrheit: Der Kirchenrat wird beauftragt, zur Förderung von "Erprobungsräumen" oder "fresh expressions of church" im Sinn der Kirchenentwicklung die Grundzüge einer 50%-Stelle auszuarbeiten und der Synode bis spät. Ende 2020 einen entsprechenden Bericht und Antrag zu unterbreiten.

TRAKTANDUM 10

INTERPELLATION ROLF ZIEGLER BETR. "KONTROLLIERTE LOCKERUNG DES GRUNDSATZES 'JEDEN SONNTAG IN JEDER KIRCHGEMEINDE EIN EIGENER SONNTAGSGOTTESDIENST' FÜR KLEINE GEMEINDEN"

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt**.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Detailberatung

Synodalpräsidentin: Der Wortlaut der Interpellation sowie die Beantwortung des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 16 bis 20 abgedruckt. Das Wort hat zuerst der Interpellant für eine kurze Erklärung, ob er mit der Beantwortung des Kirchenrates zufrieden ist.

Rolf Ziegler, Schönholzerswilen: Ich möchte erklären, weshalb ich die Interpellation eingereicht habe: Unser Pfarrhaus ist sehr schön. Dies war der Grund meiner ersten Überlegungen, welche zur Interpellation geführt haben. Das Haus ist sehr gross. Darin ist aber nur eine Wohnung erhalten. Es gibt viele unbenutzte Räume. In einer Woche ist das Haus ganz leer, denn unser Pfar-rehepaar zieht weiter nach Sitterdorf. Wir haben uns deshalb überlegt, wie es mit dem Haus weitergehen soll. Ich weiss nicht, ob darin eine oder zwei Wohnungen entstehen sollen. Eines ist aber klar: Es kostet sehr viel Geld. Wir sind eine kleine Kirchgemeinde. Wir haben uns die Fragen gestellt, wie wir unsere Finanzen auch in Zukunft im Griff behalten können. Wo könnten wir Ein-sparungen machen? Mir ist aufgefallen, dass sehr viele Pfarramtsstellvertreter bei uns tätig sind,

obwohl unser Pfarrerehepaar in einem 100% Pensum angestellt ist. Letztes Jahr waren es 13 Vertretungen. Einem Pfarrer stehen acht Freisonntage und vier bis fünf Wochen Ferien zu. Damit kommt man auf 13 Sonntage, an denen eine Stellvertretung notwendig ist. Eine Predigt kostet 330 Franken, egal, ob diese von einem Laienprediger oder einem ausgebildeten Pfarrer gehalten wird. Wenn man diese Zahl mit 13 multipliziert, ergibt das den Betrag von 4'300 Franken. Wenn man dazu die Kosten des Mesmers und des Organisten einrechnet, ist die Summe beachtlich. Grössere Kirchgemeinden mit mehr als einem Pfarrer kennen diese Problematik nicht. Ich habe mir deshalb überlegt, die Freisonntage mit einer Nachbargemeinde zu gestalten. Mit diesem Anliegen gelangte ich im November 2018 an den Kirchenrat. Ich habe vorgeschlagen, mein Vorhaben als Projekt zu bewilligen. Nach schriftlichem und telefonischem Kontakt wurde mir klar, dass dies gemäss der Kirchenordnung nicht möglich ist. Dort heisst es, dass grundsätzlich in jeder Kirchgemeinde jeden Sonntag ein Gottesdienst stattfindet. Die Ausnahmefälle sind ebenfalls beschrieben. Somit kam ich zum Schluss, eine Interpellation einzureichen. Mein Vorschlag zur Änderung der Kirchenordnung: "Jede Kirchgemeinde mit nur einer Pfarrstelle hat die Möglichkeit, sich bei einer anderen Kirchgemeinde am Gottesdienst zu beteiligen, eventuell beschränkt auf zwölf Mal pro Jahr, beschränkt auf die Ferienzeit, bei Krankheit des Pfarrers oder bei der Vakanz einer Pfarrstelle. Die Kirchgemeinde muss einen Fahrdienst anbieten und stellt eine Person, welche den Gottesdienst liturgisch aktiv mitgestaltet." Somit kann jede kleine Kirchgemeinde rasch reagieren. Sie muss nicht jedes Mal einen Antrag beim Kirchenrat stellen. Die Beantwortung des Kirchenrates ist ziemlich klar. Die Bemerkung, dass die Einsparung nur sehr gering sei, lasse ich nicht gelten. Hätte ich mit 18 Jahren mit dem Rauchen angefangen, jeden Tag ein Päckli Zigaretten geraucht und dafür durchschnittlich fünf Franken pro Tag benötigt, hätte ich bis heute 82'000 Franken ausgegeben. Weil ich aber Nichtraucher bin, bin ich heute ein reicher Mann. Mir steht die Möglichkeit zu, darüber abstimmen zu lassen, ob die Synode meine Interpellation diskutieren will. Bei der Vorsynode habe ich die Fühler ausgestreckt und gehört, was andere dazu meinen. Man hat mir mitgeteilt, dass am 31. August 2020 eine Gesprächssynode stattfindet. Wenn mein Anliegen dort zum Thema wird, **beantrage** ich keine Diskussion. Ich hoffe, dass es uns nicht so ergeht wie Andwil. Als dort einmal eine Aushilfe predigte, waren nur der Pfarrer, der Mesmer und Peter Huber im Gottesdienst.

Peter Sauder, Warth-Weinigen: Ich **beantrage** Diskussion.

Diskussion - **nicht weiter benützt**.

Abstimmung:

Der Antrag Sauder wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Prof. Dr. Christine Aus der Au, Frauenfeld: Mir ist es wichtig, dass das Anliegen des Interpellanten aufgenommen und an der Gesprächssynode Thema wird. Viele Stimmen gegen die Diskussion zeigen wohl auch in diese Richtung.

TRAKTANDUM 11

GESPRÄCHSSYNODE 2020 - GROBKONZEPT

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt**.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Detailberatung

Synodalpräsidentin: Das Grobkonzept und der Antrag des Synodalebüros sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 21 und 22 abgedruckt. Gemäss Geschäftsordnung kann die Synode eine andere Form als die übliche Synode beschliessen.

Pfr. Paul Wellauer, Bischofszell-Hauptwil: Ich freue mich sehr, dass eine weitere Gesprächssynode in Planung ist. Ich unterstütze die Durchführung. Die erste Gesprächssynode ist eine der besten Erfahrungen, welche ich in der Thurgauer Kirche erlebt habe. Es wird über kirchliche Belange nicht nur durch Aufstehen und Absitzen entschieden. Man kommt miteinander ins Gespräch. Das "Wir-sind-Kirche-Gefühl" und das, was daraus geworden ist, habe ich aus der letzten Gesprächssynode mitgenommen. Es war sehr spannend, mit vielen Leuten ins Gespräch zu kommen und zu merken, dass wir an denselben Themen arbeiten. Wir können zusammen etwas verändern und bewegen. Bei der Zukunftstagung in der Kartause konnte man mit Punkten bestimmten Themen zustimmen, damit diese vertiefter angegangen werden. Es wurden beispielsweise Partizipation, also Beteiligung, Evangelisation, Mission, welche zuoberst waren, thematisiert. Meines Erachtens wurden die Themen weder abschliessend noch erschöpfend diskutiert, sodass sie konkret in die Arbeit der Landeskirche einfliessen könnten. Sie waren eher thesenartig einmal dargestellt. Auch die Themen "Innovation und Leuchttürme" sowie "Politische Agenda und Positionierung" sind in meiner inneren Rangliste noch vorhanden. Ich finde sie im Vorschlag des Büros nicht mehr. Wo sind diese geblieben? Wo werden sie vorgesehen? Wie und wo werden die Themen weiterbehandelt?

Dr. Hans Peter Niederhäuser, Weinfelden: Wir haben uns darüber Gedanken gemacht, welche Funktion eine nächste Gesprächssynode hat. Es freut mich, wenn ich sehe, was an der letzten Gesprächssynode herausgekommen ist. Wir haben für den Entwicklungsprozess unserer Landeskirche sehr viel gemacht. Es haben zwei Tagungen stattgefunden, welche viel dazu beigetragen haben, dass verschiedene Themen intensiv diskutiert und in die Kirchgemeinden getragen wurden. Wir haben uns gefragt, wie weit eine nächste Gesprächssynode direkt in diesen laufenden Prozess eingreifen soll. Das Büro kam zum Schluss, dass sie eine Art Begleitfunktion hat. Im Gegensatz zu den Zukunftstagungen, an denen viele Leute aus den Kirchgemeinden teilgenommen haben, ist die Synode eine geschlossene Gesellschaft. Die Synode hat eine Begleitfunktion für diesen Prozess. Welches könnte eine wichtige Sache sein, um die Begleitung und Unterstützung für den laufenden Prozess zu bieten? So ist das Büro auf die Frage der Identität gekommen. Unseres Erachtens ist die Frage sehr dringlich, damit die vielen Themen und Punkte, welche als wichtig erachtet wurden, wieder auftauchen. Die Frage greift grundsätzlich in das Spannungsfeld der Landeskirche ein. Wenn wir über unsere Identität nachdenken, wollen wir einerseits eine möglichst grosse Offenheit haben. Andererseits suchen wir dauernd nach einem möglichst klaren Profil. Aber aus dieser Spannung werden wir nie herauskommen. Meines Erachtens ist es sehr gut möglich, das Thema der Interpellation von Rolf Ziegler miteinzubeziehen. Wie gehen wir damit um, dass es grosse und kleine Kirchgemeinden in unserem Kanton gibt? Es öffnet sich sofort ein Spannungsfeld. Die Normen, welche die Synode beschliesst, gelten für alle Kirchgemeinden. Als wir die Kirchenordnung überarbeitet haben, waren wir der Ansicht, dass der sonntägliche Gottesdienst ein wichtiger Teil unserer Identität sei. Ich möchte damit illustrieren, dass oft die Frage nach der Identität auftaucht. Das Büro hat darüber diskutiert und war der Ansicht, dass es uns sowohl gegen aussen wie auch gegen innen leichter fällt, im Spannungsfeld von Offenheit und einem klaren Profil zu kommunizieren und uns darzustellen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Die Synode beschliesst mit grosser Mehrheit die Planung einer Gesprächssynode für das Jahr 2020 auf der Basis des vorliegenden Grobkonzepts.

Synodalpräsidentin: Ich danke den Synodalen für die Zustimmung zur nächsten Gesprächssynode. Diese findet nun definitiv am 31. August 2020 in der Kartause Ittingen statt.

TRAKTANDUM 12

MITTEILUNGEN

a) Kirchenrat

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Ich freue mich, die Synodalen darauf aufmerksam machen zu dürfen, dass das Buch "Den Weg zu Ende gehen" nun im Druck ist. Die Buchvernissage findet am 30. August statt. Die Einladung dazu haben die Synodalen erhalten. Es gibt bereits viele Anmeldungen zu dieser öffentlichen Veranstaltung, an welcher namhafte Persönlichkeiten teilnehmen werden. "bref", die reformierten Medien, haben die Buchbesprechung an Klara Obermüller übergeben. Die Landeskirche wird sich in dieser Frage, wie es der Wunsch der Synode war, positionieren.

Die Synodalen haben die Übersicht mit den Aktivitäten im Zusammenhang mit den 150-Jahr-Feierlichkeiten erhalten. Trotz der Ökumene ist bei der intensiven Zusammenarbeit zu spüren, wo die Unterschiede sind. Die Erfahrung ist sehr interessant. Meines Erachtens konnten wir ein interessantes Angebot zusammenstellen, und zwar vom Start am 1. Dezember 2019 bis zum grossen Schlussevent am 21. Juni 2020 in Amriswil. Ich freue mich darauf. Die Feierlichkeiten sind mit grossem Aufwand verbunden. Wir haben dafür zwar keine Stabsstelle geschaffen, führen aber die Koordinationsfunktion aus. Ich bitte die Synodalen, vom einen oder anderen Angebot Gebrauch zu machen.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Ausdruck des Rechenschaftsberichts 2018 der "reformierten medien". Der Kirchenrat hat der Synode letzten Herbst versprochen, im Budget 2019 die "reformierten medien" zum Thema zu machen. Auch das Magazin "bref", welches alle zwei Wochen erscheint, ist immer wieder im Gespräch. Die Diskussion darüber wird an der Synode im November 2019 stattfinden.

Diskussion - **nicht benützt.**

b) Büro der Synode

Synodalpräsidentin: Die nächste Synode findet am 25. November 2019 im Rathaus in Weinfelden statt. Es stehen dort Wahlen an. Der Kirchenrat wird für die nächste Legislatur gewählt. Ebenso finden die Wahlen für die Rekurs- und Beschwerdekommision, die Ombudsstelle und die Delegierten der Abgeordnetenversammlung des SEK statt. Bisher wurden mündlich oder schriftlich folgende Rücktrittsabsichten bekanntgegeben: Kirchenrat Rolf Bartholdi, Anna Katharina Glauser Jung, Mitglied der Rekurs- und Beschwerdekommision, und Barbara Kopieczek, Inhaberin der Ombudsstelle. Mögliche Kandidaten können dem Synodalbüro mitgeteilt werden. Es ist geplant, vor der nächsten Synode eine Wahlveranstaltung durchzuführen. Wir hoffen, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Im Kirchenrat sowie in der Rekurs- und Beschwerdekommision wäre es wichtig, eine Person mit juristischem Hintergrund zu finden.

Das Büro hat beschlossen, dass Flyer für spannende Veranstaltungen nach Rücksprache im Foyer aufgelegt werden dürfen. Die Tischaufgabe im Saal ist Geschäften vorbehalten, die an der Sitzung behandelt werden.

Diskussion - **nicht benützt.**

c) Bericht aus der Abgeordnetenversammlung des SEK

Synodalpräsidentin: Der Bericht der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes liegt schriftlich vor.

Diskussion - **nicht benützt.**

TRAKTANDUM 13

UMFRAGE

Pfr. Jakob Bösch, Eschlikon: Ich trage heute eine Schleife, ein Mitbringsel des Deutschen evangelischen Kirchentages, welcher in Dortmund stattfand. Meines Erachtens war die Predigt von Pfr. Stephan Wohnlich der ideale Einstieg oder Anknüpfungspunkt. Es ging beim Kirchentag fast immer und überall in unterschiedlichen Formen um Vertrauen und darum, sich gegenseitig Mut zu machen. Wenn sich jemand um die Zukunft der Kirche sorgt, sollte er den Kirchentag besuchen. Die dort gemachte Erfahrung ist sehr intensiv. Pfr. Stephan Wohnlich hat im Predigttext gesagt: "Fürchte dich nicht, du kleine Herde." Für den Kirchentag trifft dies in keiner Weise zu. An einem der zwei Schlussgottesdienste im Stadion des Fussballclubs BVB reichten die 80'000 Plätze nicht aus. Diese Menschen nehmen sich ein paar Tage Zeit, um sich intensiv mit drängenden Fragen um Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auseinanderzusetzen. Es ist sehr erfreulich, dass der Anteil junger und sehr junger Menschen, welche nicht nur helfen, sondern auch debattieren und sich auf die vielfältigen Prozesse einlassen, sehr gross ist. In zwei Jahren findet ein ökumenischer Kirchentag in Frankfurt statt. Ein Hinweis an den Kirchenrat: In Arbon arbeitet Pfr. Hans Martin Enz. Er ist gleichzeitig auch Postautochauffeur. Er organisiert für Interessierte der St. Galler Kirche Reise, Eintritt und fast alles, was nötig ist. Es wäre schön, wenn hier eine Kooperation eingefädelt werden könnte, allenfalls mit katholischer Beteiligung.

Pfr. Arno Stöckle, Mammern: Ich möchte zum einen darauf aufmerksam machen, dass auch dieses Jahr wieder zweimal das sogenannte Kirchenschiff starten wird. Das Schiff fährt am Sonntag, 14. Juli und am Sonntag, 25. August jeweils um 19.15 Uhr ab Berlingen mit Zustiegsmöglichkeiten bis Stein am Rhein. Das Kirchenschiff ist ökumenisch und vor allem gratis. Wir feiern auf dem Schiff einen Gottesdienst. Jede und jeder ist dazu eingeladen. Man muss dafür nicht am See wohnen. Das Tourismusbüro in Stein am Rhein ist die zentrale Anmeldestelle. Das erste Schiff steht unter Moto: "Darf es ein bisschen mehr sein?" Der Kirchenrat unterstützt in verdankenswerter Weise die gemeinsame Schifffahrt. Dieses Jahr ist die katholische Landeskirche mit an Bord. Sie unterstützt das Projekt ebenso, was uns sehr freut. Zum anderen möchte ich auf die internationale theologische Bodenseekonferenz aufmerksam machen. Das Gremium hat sich nach dem Krieg etabliert. Es sind verschiedene Pfarrer und Dekane aus dem Bodenseekreis, also Bayern, Baden-Württemberg, Österreich, St. Gallen und Thurgau mit dabei. Wir veranstalten einmal pro Jahr eine theologische Konferenz. Dieses Jahr findet sie am Freitag, 8. November 2019 in Lindau statt. Dort wird das spannende Thema "Wenn Computer segnen und Gottesdienste leiten - Digitalisierung in Theologie und Kirche" behandelt. Für die Veranstaltung konnte von katholischer Seite Prof. Dr. theol. Walter Kirchschräger aus Luzern gewonnen werden. Er sei auf diesem Gebiet schon weit voraus. Die Konferenz richtet sich nicht nur an Pfarrpersonen, sondern auch an theologisch Interessierte. In den Kosten ist das Essen inbegriffen, und ein Stück weit wird der Referent unterstützt.

Diakon Hanspeter Rissi, Kreuzlingen: Ich bitte die Verantwortlichen und Organisatoren, für die Gesprächssynode in der Kartause den Fahrplan der SBB zu beachten. Die Wartezeiten beim Umsteigen aus dem östlichen Teil des Kantons betragen bis zu 25 Minuten. Es ist schwierig, die Kartause mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Allenfalls ist ein eigener Bus für den Transport ab dem Bahnhof Frauenfeld zu organisieren.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Synodalpräsidentin: Wir beschliessen die heutige Synode mit dem Lied "We give you thanks", die Nr. 45 im Singbuch "Rückenwind". Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Sommer.

Schluss der Sitzung um 15.00 Uhr.

Roggwil, im August 2019

Die Aktuare	Johanna Pilat Pfr. Steffen Emmelius (Traktandum 2)
-------------	---

Genehmigt vom Büro der Synode
Frauenfeld, 19. September 2019

Die Präsidentin	Judith Hübscher Stettler
Der Vizepräsident	Pfr. Hansruedi Vetsch
Die Stimmenzähler	Elsbeth Graf Susanna Müller Dr. Hans Peter Niederhäuser Pfrn. Gabriele Weiss
Der Ersatzstimmenzähler	Pfr. Jakob Bösch